Morgen-Ausgabe

Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 273 | Hauptschriftleiter: Dr. Everth, Leipzig | Dienstag, den 15. Juni | Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig | 1920

Trimborns vier Kombinationen

Dr. Trimborns Verhandlungen

Berlin, 15. Juni. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Der heutige Tag dürfte über das dritte Stadium der Regierungskrise entscheiden; aber man sieht vorläufig noch keine Möglichkeit, wie Herr Trimborn, der jetzt als „ehrlicher Makler" zwischen den Parteien unterhandelt, zum Ziele kommen wird. Herr Trimborn hat, wie man uns versichert, gestern bei einer kurzen Fühlungnahme Herrn Heinze angedeutet, daß er zunächst versuchen werde, eine Kombination mit Einschluß oder Duldung der Sozialdemokraten zustande zu bringen, daß er aber, falls diese scheitern sollte, seine Aufgabe nicht als erledigt ansehe, sondern sie weitgehender auffasse als die Herren Müller und Heinze. Die „Germania" sieht „seine Aufgabe nicht zuletzt darin, der Ueberzeugung, daß schließlich doch eine Regierung zustande gebracht werden müsse, bei einer ausreichenden Zahl von Parteiführern zum Durchbruch und zur praktischen Auswirkung zu verhelfen". Beschwörend wendet sie sich nochmals an die Sozialdemokraten, wobei sie ihnen für ihre ablehnende Haltung der Deutschen Volkspartei gegenüber ihre Billigung zum Ausdruck bringt, indem sie schreibt:

„Niemand hat lauter als sie im Wahlkampf und schon lange vorher das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie, obgleich es für sämtliche Koalitionsparteien nichts als taktischer Art war, als Schmach und Verrat am Vaterlande zu brandmarken versucht, und nun, da der Wahlkampf vorüber ist und eine ungewöhnlich große Zahl von Wählern diesen Leuten ihr Vertrauen geschenkt hat, hatten sie nichts Eiligeres zu tun, als ihrerseits die Mitarbeit der Sozialdemokratie für unumgänglich notwendig zu erklären. Wenn die Sozialdemokratie diese Schwenkung benutzt hat, den Volksparteilern klarzumachen, daß von der sozialdemokratischen Seite aus keinerlei Grundlage für eine gemeinsame Arbeit zu sehen sei, so wird man ehrlicherweise nicht bestreiten dürfen, daß den „Wahlsieger" diese Demütigung nicht unverdient trifft." Aber mit einem Seufzer fährt sie fort: „Leider haben die bisherigen Verhandlungen die politische Lage wenn vielleicht auch geklärt, so doch nicht gebessert."

Vier Kombinationen hat Herr Trimborn bei seinen Verhandlungen mit den verschiedenen Parteiführern angedeutet. Erstens die nach rechts erweiterte alte Koalition. Sie wird von den Sozialdemokraten glatt abgelehnt. Zweitens die Fortführung der alten Koalition, die mit Einschluß der Bayrischen Volkspartei 243 Mandate, also eine knappe Mehrheit umfassen würde. Trimborn hat sich vergeblich bemüht, die sozialdemokratischen Unterhändler Müller und Löbe dafür zu gewinnen, indem er sie darauf hinwies, daß mit solchen knappen Mehrheiten in Bayern 5 Jahre, in Belgien 4 Jahre mit Erfolg regiert worden sei. Löbe hat ihm erwidert, daß die sozialdemokratische Fraktion auch an solchen Konstellationen nicht teilnehmen könne, erstens weil die Sicherheit der zukünftigen Mehrheit nicht auf die Bayrische Volkspartei mit Dr. Heim begründet werden könnte, und zweitens gebe diese Ziffer nur eine Scheinmehrheit an, welche durch das Nichtwählen der Abstimmungsgebiete herbeigeführt worden sei. Müller fügte hinzu, daß eine von solch geringer Mehrheit getragene Regierung nicht mit der nötigen Autorität nach Spa gehen könne. Darauf brachte Trimborn eine dritte Möglichkeit zur Sprache, nämlich einen Block der Mitte, der aus Demokraten, Zentrum und Volkspartei bestehen würde. Zwar könnte derselbe nur 188 Abgeordnete zählen, aber vielleicht auf wohlwollende Neutralität der Nachbarparteien, besonders der Sozialdemokraten, rechnen. Die Sozialdemokratie, die doch sicher auch die Herstellung eines regierungsfähigen Kabinetts wünsche, dürfe eine solche Bildung nicht schroff ablehnen, sondern müsse die Verbindung mit der Vergangenheit und Zukunft aufrechterhalten. Sie könne ja eventuell einen Fachminister als Sicherheitswache im Kabinett zurücklassen. Ein allen genehmer Reichskanzler sei vielleicht in Herrn Fehrenbach zu gewinnen. Besonders hervortretende Vertreter des Großkapitals oder des Alldeutschtums würden in einem solchen Kabinett nicht enthalten sein. Da die sozialdemokratische Fraktion zu einer solchen Koalition noch nicht Stellung genommen hatte, mußten ihre Vertreter ihre Antwort bis nach erneuter Aussprache mit ihren Auftraggebern vertagen. Müller versicherte aber im voraus, daß eine solche Regierung von den Sozialdemokraten nach ihren Taten beurteilt werden müßte, und daß jeder Versuch, auswärtige Politik nach dem Rezept der Deutschen Volkspartei zu treiben, von ihnen auf das schärfste bekämpft werden würde. Die „Sozialistische Korrespondenz" erteilt dem Gedanken, wonach „Parteigenossen auf Urlaub" einem bürgerlichen Ministerium angehören könnten, bereits eine scharfe Absage.

Bliebe noch eine vierte Kombination, die Trimborn Heinze gegenüber angedeutet hat: der genannte Block der Mitte unter wohlwollender Duldung der Deutschnationalen. Diese Möglichkeit ist in Kreisen der Deutschnationalen Volkspartei nicht ohne Erregung aufgenommen worden, und die Meinungen, wie man sich einer solchen Lösung gegenüber verhalten solle, scheinen geteilt zu sein. Helfferich hat sich gegen jede Konzession ausgesprochen, und die „Deutsche Tageszeitung" lehnt heute eine solche wohlwollende Neutralität entschieden ab, indem sie sagt, daß der klare Ausfall der Wahlen der Deutschnationalen Volkspartei ein Anrecht auf gleichberechtigte Mitarbeit am Wiederaufbau gebe. Sie ist ehrlicher als die „Tägliche Rundschau", die in ihrer Verlegenheit nichts anderes weiß als die Demokraten zu schmähen, obschon diese überhaupt noch keine Stellung genommen haben und gemäß der ihnen durch den Wahlausfall auferlegten Zurückhaltung vorläufig abwarten, was die anderen zu tun gedenken. Die „Tägl. Rundsch." aber entblödet sich nicht, zu erklären, die Demokraten hätten die Bemühungen Dr. Heinzes gelähmt, wiewohl dieser sie überhaupt nicht gefragt hat.

* * *

Berlin, 15. Juni. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Trimborns Bemühungen haben bis zur Mittagsstunde insofern zu einer Klärung geführt, als von all seinen Kombinationen nur die letzte übrigbleibt, d. h. ein Kabinett der drei bürgerlichen Parteien mit schweigender Billigung der Sozialdemokraten. In demokratischen Kreisen wird, wie sich die „B. Z." wohl zutreffend berichten läßt, diese Lösung nur dann für möglich gehalten, wenn die Sozialdemokraten entweder direkt im Kabinett durch eine Sicherheitswache vertreten sind oder doch das Kabinett stärker unterstützen als nur durch neutrale Haltung. Als das Mindestmaß von Unterstützung wird die Beteiligung an einem Vertrauensvotum für das Ministerium angesehen, mag dieses Votum auch mit gewissen Vorbehalten versehen sein. Dies allein würde nach demokratischer Ansicht das Kabinett davor bewahren, zu sehr nach rechts zu rutschen und vor der Lösung der drängendsten Aufgaben in einen schroffen Gegensatz zu der Sozialdemokratie zu kommen. Wenn die Deutsche Volkspartei etwa als Bedingung für ihren Eintritt in das Kabinett die Ernennung von Fachmännern für gewisse Aemter, Abschaffung des „Beutesystems" in der Politik usw. aufstellt, so wird in führenden demokratischen Kreisen daran erinnert, daß derartige Forderungen von der Demokratischen Partei immer vertreten worden sind, und daß es sich nicht um Bedingungen handeln würde, die etwa von den Demokraten erst zu erfüllen wären, sondern um Forderungen des eigenen Programms der Demokraten, die selbst die bestehenden Mißstände immer sehr beklagt und bekämpft haben. Große Hoffnungen bringt man heute wie gestern der Mission Trimborns in keiner Weise entgegen.

Die Sozialdemokraten scheinen übrigens wenig geneigt zu sein, die von ihnen geforderte schweigende Billigung gegenüber einem solchen Kabinett zuzugestehen. Wie wir hören, würden sie höchstens bis nach der Konferenz von Spa sich der Abstimmung enthalten, um nicht durch die Verlängerung der Krise außenpolitisch dem Reiche schweren Schaden zuzufügen. Das nützt natürlich gar nichts und ist nur eine Ausflucht; denn Spa ist vorläufig verschoben, und niemand weiß, wann die Konferenz stattfinden wird. Im deutschnationalen „Lokalanzeiger" taucht der Name Schiffer auf, und es wird von ihm gesagt, daß er die Absicht habe, ein Kabinett zu bilden auf Grundlage der alten Koalition. Wir halten diese Nachricht für grundfalsch. Gerade Herr Schiffer hat in der demokratischen Fraktion von Anfang an entschieden den Standpunkt vertreten, daß die Demokraten nach dem offensichtlichen Mißtrauen ihrer früheren Wählerschaft gegen alle bisherige Politik sich jetzt äußerste Zurückhaltung auferlegen müssen, und daß sie erst dann aus dieser abwartenden Rolle heraustreten können, wenn sie von der Nation dazu berufen werden. Dies erscheint uns als durchaus richtig.

Bildung eines Notstandskabinetts?

Berlin, 15. Juni. (Drahtbericht.) Nach der „Neuen Berliner Zeitung" glaubt man in parlamentarischen Kreisen, daß ein Notstandskabinett aus den alten Koalitionsparteien gebildet werden wird, da der Versuch Trimborns, eine andere Regierung zu bilden, scheitern dürfte. Die Zusage der Mehrheitssozialisten soll durch das Zugeständnis erkauft werden, daß dieses Notstandskabinett nur dazu berufen sein soll, die dringendsten außenpolitischen Fragen zu lösen, nach deren Erledigung sofort Neuwahlen erfolgen sollen. Der Plan eines unpolitischen Wirtschafts-Kabinetts ist völlig beiseite gelegt, da er bei allen Parteien Widerspruch gefunden hat.

Das Kabinett Renner bleibt

Wien, 15. Juni. (Drahtbericht.) Die österreichische Regierungskrise ist beendet. Es bleibt alles beim alten. Die Parteien, die noch gestern erklärten, sie seien nicht in der Lage, zusammenzuarbeiten, haben sich wieder gefunden. Nur wird die Koalition in Zukunft einen anderen Namen führen: sie heißt von nun an „Kooperation". Die Regierung bleibt im Amte; ihr Arbeitsprogramm soll aber begrenzt bleiben, und über diese Grenzen wird noch verhandelt. Neuwahlen sollen im Herbst stattfinden.

Italien beansprucht 66 Milliarden Lire

Rom, 15. Juni. (Drahtbericht.) Es verlautet, Italien benötige für die Wiedergutmachung 66 Milliarden Lire. Nitti beabsichtige, diese Summe den Alliierten bei Erörterung der Verteilung des durch Deutschland zu zahlenden Betrages zu nennen.

Amsterdam, 15. Juni. (Drahtbericht.) „Daily Chronicle" bemerkt in Besprechung der deutschen und der italienischen Kabinettskrise, in erster Linie werde dadurch das Datum der Konferenz in Spa beeinflußt. Wir hoffen und nehmen an, so schreibt das Blatt, daß sie doch noch stattfinden wird, aber ihr weiterer Aufschub erscheint unvermeidlich. Die Internationale Finanzkonferenz in Brüssel war ursprünglich ganz unabhängig von der Zusammenkunft in Spa gedacht, war aber dann aufgeschoben worden, um Spa den Vorrang zu lassen. Muß sie neuerdings verschoben und von allen Risikos, denen Spa ausgesetzt ist, abhängig gemacht werden? Wir vermögen nicht recht einzusehen, warum dies notwendig wäre. Vieles spricht dafür, die Brüsseler Konferenz erforderlichen Falls vorausgehen zu lassen. Der Stand der internationalen Wechselkurse, mit denen sie sich in erster Linie zu befassen hat, ist besser als im Vorjahre, aber noch immer ernst.

Das englisch-russische „Luftgeschäft"

Kopenhagen, 15. Juni. (Drahtbericht.) Nach einem Telegramm der „Berlingske Tidende" aus London rechnet man in England mit einem endgültigen baldigen Abbruch der Verhandlungen mit Krassin. Krassin sei bis jetzt außerstande gewesen, die geforderten Garantien zu beschaffen, und die Vertreter der Entente hätten den bestimmten Eindruck gewonnen, daß man, selbst wenn eine Vereinbarung mit seiner Abordnung getroffen werden sollte, nicht mit der Zustimmung der Moskauer Sowjetregierung rechnen könne. Bestimmte Anzeichen deuteten darauf hin, daß Krassin augenblicklich auf gespanntem Fuße mit Lenin und Trotzki stände.

Kein Umsturz in Rußland

Berlin, 15. Juni. (Drahtbericht.) An Berliner amtlichen Stellen liegen, wie der „Vorwärts" mitteilt, Nachrichten vor, aus denen hervorgeht, daß die Neutermeldung aus Tokio über einen angeblichen Umsturz in Rußland auf unwahren Gerüchten beruht. Der Funkendienst mit Petersburg funktioniert wieder regelmäßig.

— **Die Einberufung des neuen bayerischen Landtages** wird zwischen 26. Juni und 15. Juli erfolgen. Der Landtag wird bis Mitte August beisammen sein. Die Hauptaufgaben sind: Haushaltplan, Besoldungsgesetz und Vereinfachung der Staatsverwaltung.

Pariser Brief

Was ein Generalstreik kostet. — Deschanel und die guten Freunde. — Taxen und Steuern. — Vom Theater.

(Von unserem Pariser Mitarbeiter.)

Der Generalstreik hat mit einem solchen Fiasko geendigt, daß er in absehbarer Zeit keine Wiederholung erfahren dürfte. Und Frankreich hat nun Muße, den Schaden zu besehen. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat darüber eine Berechnung anstellen lassen, die natürlich weit unter dem wirklichen Betrag bleibt, weil sich die zahllosen Schäden der einzelnen Industrien gar nicht übersehen, geschweige denn genau berechnen lassen. Immerhin sind die vorgebrachten Ziffern von erschreckender Deutlichkeit. Die Einschränkung des Bahnverkehrs vom 1. bis 24. Mai hat eine Verminderung der Einnahmen von 24 Millionen Franken verursacht. Diese Summe wäre aber mindestens zu verdoppeln, wenn man bedenkt, daß Abertausende von Sendungen leichtverderblicher Waren in den Stationen aufgestapelt blieben und den Absendern vergütet werden müssen, ferner die zurückgehaltenen Löhne an die Streikenden. Man kann also die Gesamtsumme auf 50 Millionen veranschlagen, und dies nur für die Folgen des Bahnstreikes. Wenn man dagegen den Streik der Bergarbeiter ins Auge faßt, so sind die Schäden noch viel gewaltiger. In den Kohlenbergwerken streikten 120 000 Arbeiter, was einen Lohnverlust von 40 Millionen darstellt. Was die Schäden betrifft, die hierdurch das ganze Land erlitt, so betrug der Fehlbetrag an Kohlen 782 000 Tonnen. Diese Kohlenmenge muß aus England und Amerika eingeführt werden. Zu dem gegenwärtigen Kurse sind es mehr als 280 Millionen Franken, die dadurch in das Ausland abfließen. Dazu kommt der Schaden, der den unzähligen Industrien zugefügt wurde, die sich infolge des Kohlenmangels zu einer Einschränkung der Produktion entschließen mußten. Wenn also der Minister den Gesamtschaden auf eine halbe Milliarde Franken schätzt, so ist es klar, daß er in seiner Berechnung recht bescheiden ist. . . .

Wird der Präsident Deschanel in Bälde einen Nachfolger erhalten? Dies ist die Frage, welche die Oeffentlichkeit in Frankreich sehr beschäftigt, obzwar sich die Blätter vorläufig noch eine weise Zurückhaltung auferlegen. Natürlich wurde der so burleske Zwischenfall von Montargis von allen Parteien weidlichst zu den eigenen Zwecken ausgeschroten. Die konservativen Blätter sahen darin ein anarchistisches Attentat, den Sozialisten schwebte die Affäre Soveton vor — obgleich Deschanel ein unentwegter Republikaner ist — und die nach Skandal lüsterne Boulevardpresse ließ sich allerlei Histörchen zuflüstern, die ihr die guten Freunde des Präsidenten zutrugen. Denn Deschanel hat unendlich viele Neider, wie dies ja menschlich nur zu verständlich ist, und die Nachfolger zeigen sich schon jetzt recht ungeduldig. Falls man diesen Andeutungen glauben darf, so wäre der Präsident heillos neurasthenisch. Die leere Paraderolle im Elysee, dieses ewige Repräsentieren bei Denkmalsenthüllungen, Ausstellungen, Festen usw. hätte den geistig beweglichen Mann, der als Präsident der Kammer mitten im politischen Getriebe stand, seelisch gebrochen. Man hätte ihn in den letzten Wochen vor dem Unfall keine wichtigen Dekrete zur Unterschrift vorgelegt, um ihn nicht aufzuregen, und sein Unfall sei in Wirklichkeit ein Selbstmordversuch in einem Anfall geistiger Verwirrung. Dies wird natürlich von anderer Seite heftig bestritten, wenn aber ein so weit verbreitetes Blatt wie das „Petit Journal" eine Aenderung der Verfassung ankündigt, wonach die gesetzgebenden Körperschaften nach Versailles pilgern und daselbst einen Vizepräsidenten wählen sollen, so dürfte schon an der Sache irgendetwas daran sein. Clemenceau, den der Groll über die entgangene Präsidentschaft nach Aegypten getrieben hatte, dürfte sich jetzt ins Fäustchen lachen. . . .

Seit einigen Tagen soll das neue Papiergeld zu einem Franken und 50 Centimes im Verkehr sein. Man bemerkt noch nicht viel davon, und die Kleingeldmisere dauert ungestört an. Wir möchten aber wetten, daß der Finanzminister darüber gar nicht ungehalten ist. Wenn der Pariser nicht mehr wie früher über die notwendigen Kupfer- und Nickelmünzen verfügt, so hat er seine Brieftasche dafür mit dem „Ersatz" angefüllt. Heftchen mit Briefmarken, Abonnentenscheine für den Metro und dergl. mehr. Nun möchte man wetten, daß jemand, der für 20—30 Franken Briefmarken bei sich trägt, dadurch unwillkürlich zu einer regeren Korrespondenz angetrieben wird, was dem Staate zugute kommt. Anderseits wird mindestens die Hälfte dieser Briefmarken verloren oder aus Unachtsamkeit weggeworfen. Abermaliger Gewinn für den Fiskus!

Die Valuta steigt, und dies erregt in weiten Kreisen seltsamerweise große Bestürzung. Die Volkswirtschaftler sind da völlig uneinig. Die einen frohlocken: „Der Wechselkurs steigt? Um so besser, dies fördert die nationale Produktion!" Die anderen dagegen jammern: „Ein hoher Kurs ist unser Ruin, weil dies die Vermehrung unserer Produktion verhindert und wir mit Verlust arbeiten!" Dergestalt wissen die Pariser nicht, welchen Heiligen sie anrufen sollen: Steigt die Valuta, so verkrachen die fremden Wertpapiere, in denen seit einem Jahre eine ungeheure Spekulation getrieben wurde. Bleibt die Valuta auf ihrem jetzigen Stand, so wird das Leben immer teurer. Dieselbe Ungewißheit herrscht hinsichtlich der Fremdenfrage. Soll man die Ankunft der Touristen wünschen? Es ist zu fürchten, daß sie Frankreich kraft der Valuta auskaufen. Anderseits hoffen weite Kreise auf das Zuströmen dieser Kapitalien. Es gibt noch andere Sorgen: die Wohnungsnot, die immer bedrohlicher werdende Teuerung und die neuen Steuern. Das letztere Kapitel würde eigentlich einen ganzen Band als Kommentar bedürfen. Einen Steuerbogen gewissenhaft auszufüllen, dazu gehört das mathematische Genie eines Henri Poincaré!

Für das Theater blüht das Geschäft wie immer, trotz der Androhung der Direktoren, die Bude endgültig zu sperren. Denn auch da wüten die neuen Steuern in verheerender Weise. Aber zum Glück bleibt den Betroffenen ein wehrloses Opfer als Sündenbock, das liebe und schafsgeduldige Publikum, das letzten Endes alle neuen Abgaben aus seinem Säckel zahlt. Eine Zeitlang schien es, als würde man mit den sich amtsmüde gebärdenden Theaterdirektoren gewaltsam aufräumen. Das Beispiel von Sacha Guitry, der drei Theater besitzt, verleitete auch eine Reihe von Autoren, ihre eigene Bühne bewirtschaften zu wollen. Henry Bernstein erwarb das Gymnase, Abel Deval und Gheusi machten es sich im Vaudeville heimisch, und auch die Variétés, das Théâtre der Porte St. Martin, die Athenée usw. wurden monopolisiert. Aber diese schöne Begeisterung ist bald verflogen, als die frischgebackenen Direktoren mit den neuen Forderungen der Syndikate Bekanntschaft machten. Denn nicht nur das technische Personal, sondern Schauspieler wie Musiker sind heute zu einem festen Verbande zusammengeschlossen, der seine Wünsche mit kaltlächelnder